

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SZ.DE

HMG

MÜNCHEN, MITTWOCH, 15. FEBRUAR 2023

79. JAHRGANG / 7. WOCHEN / NR. 38 / 3,60 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Das Weiße Haus hat bekannt gegeben: Bei den rätselhaften Flugobjekten, welche die US Air Force vom Himmel über Amerika holte, habe es sich nicht um Luftfahrzeuge extraterrestrischer Herkunft gehandelt, also nicht um Aliens. Das heißt natürlich nicht, dass es keine solchen gibt. Die Feststellung an sich ist ja wenig erstaunlich, weil Außerirdische viel zu klug sind, um sich so einfach erwischen zu lassen. Das glaubt doch niemand, dass sie treuherzig über den Wolken herumgondeln und neugierig den F-14-Jet mustern, der sich ihnen nähert: Ja, schaut mal, was hat er denn da für spitze Teile unter seinen kleinen Flügeln, jetzt kommen die schnell näher ... Selbst Lotti die Schnappschildkröte hat sich jahrelanger Suche im Oggenrieder Weiher erfolgreich entzogen, und dass sie nie jemand zu Gesicht bekam, zeigt doch nur, wie überlegt und überlegen sie vorgeht. So halten es auch die extraterrestrischen Intelligenzen, die natürlich längst unter uns sind.

Gewiss, sie erscheinen nicht als glibberige Beißer, grüne Männlein oder als stark eierköpfige Humanoiden (Arkoniden, liebe Social-Justice-Twitterer, müssen derlei Stereotype als herabsetzend empfinden, hier gäbe es mal wirklich was zu tun). In dieser Kolumne wurde bereits auf die einst von der Zeit entwickelte und gar nicht unplausible Theorie verwiesen, dass die Jungsozialisten vom fernen Planeten Juso stammen. Das würde die geringe Schnittmenge ihrer Theorien mit den Problemen hienieden erklären, wobei die Frage nach der Intelligenz dieser Lebensform nicht abschließend geklärt ist. Andererseits muss man befürchten, die Fremden aus dem All wollten uns von ihrem wirklichen Wirken auf dem Blauen Planeten nur ablenken, indem sie einige Artgenossen präsentieren, die nun wirklich nicht immer alle fliegenden Untertassen im Schrank haben.

Zumindest böte das Wirken kosmischer Mächte den Schlüssel zur Enträtselung von Phänomenen, welche die Frage aufwerfen, welches menschliche Hirn wohl derlei ersonnen haben könnte. Zum Beispiel wollen jetzt Leute für den Frieden eintreten, indem sie die Opfer eines verbrecherischen Angriffskrieges den Wölfen zum Fraß vorwerfen. Vielleicht haben die Außerirdischen auch den Dr. Maaßen geschickt, um die Menschheit zu verwirren, bevor sie kommen und den Planeten übernehmen. Oder aber Dr. Maaßen gehört zu ihnen und nahm menschliche Gestalt in Form eines Verfassungsschutzpräsidenten an, um Einblick in Entscheidungen unserer Spezies zu gewinnen; nur ist er dann durch eine Delle im Raum-Zeit-Kontinuum außer Kontrolle geraten. Das kann nicht im Interesse der Außerirdischen sein. Sollten US-Kampffjets demnächst ein neues rätselhaftes Flugobjekt sichten, das Dr. Maaßen an Bord hat, bitte diesmal nicht schießen: Sie holen ihn nur nach Hause.

HEUTE

Meinung
Tränen und Tumulte: Es tobt ein Konflikt um die jüdische Seele des Staates Israel 4

Politik
Einen Monat nach der Räumung von Lützerath ringen die Beteiligten noch um Aufklärung 6

Feuilleton



Elke Heidenreich kann erzählen wie keine Zweite. Gastbeitrag zu ihrem 80. von Michael Krüger 9

Wirtschaft
Saudi-Arabien öffnet sich. Der Aufbau einer eigenen Fluglinie ist nur der Anfang 17

Medien
Kahlschlag bei Bertelsmann: Jetzt lernen Führungskräfte, wie sie Angestellte richtig feuern 21

TV-/Radioprogramm 22
Rätsel 19
Traueranzeigen 13



Plädoyer für Verhandlungen

Der Westen liefert aus guten Gründen Waffen an die Ukraine: Daraus aber erwächst eine Mitverantwortung für den weiteren Verlauf des Krieges.
Ein Gastbeitrag von Jürgen Habermas

> Feuilleton

Kiew erhält Munition aus Deutschland

Rheinmetall fertigt 300 000 Geschosse für den „Gepard“, geliefert werden sie jedoch erst von Juli an. Auf Kampffjets und Kampfpanzer aus anderen europäischen Ländern muss die Ukraine weiter warten

Von Georg Ismar, Mike Szymanski und Hubert Wetzell

Berlin/Brüssel – Mehr als eine Viertelmillion Schuss Munition hat Boris Pistorius mitgebracht – bildlich gesprochen. Noch bevor sich am Dienstag in Brüssel die Vertreter jener Staaten trafen, welche die Ukraine mit Waffen und anderem Militärmaterial unterstützen, gab der deutsche Verteidigungsminister bekannt, dass zumindest der Munitionsnachschub für den Flugabwehrpanzer Gepard geregelt sei. Mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall sei nach wochenlangen Verhandlungen nun vertraglich vereinbart worden, neue 35-Millimeter-Geschosse für den Flakpanzer zu fertigen. „Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Verträge unterschrieben sind“, sagte Pistorius.

Wie die Süddeutsche Zeitung erfuhr, soll es um 300 000 Schuss gehen, die in Deutschland hergestellt und von Juli an in die Ukraine geliefert werden sollen. Verteidigungsminister Boris Pistorius nahm in Brüssel zuerst an einer Zusammenkunft der Ukraine-Unterstützerländer teil – der sogenannten Ramstein-Gruppe –, danach an einem regulären Treffen der Nato-Verteidigungsminister.

Die Ukraine braucht die Gepard-Munition dringend. Denn die Bundesregierung hat dem Land zwar 37 Flakpanzer (Flugabwehrkanonenpanzer) zugesagt, die letzten Exemplare werden in diesen Tagen ausgeliefert. Doch bei der Versorgung mit Geschossen gab es Probleme: Die Munition wurde bisher größtenteils in der Schweiz produziert. Diese jedoch verweigerte wegen ihrer Neutralität, dass dort hergestellte Munition an die Ukraine weitergegeben werden darf. Die ukrainische Armee musste daher mit lediglich 60 000 Schuss aus anderen Beständen auskommen. Nach SZ-Informationen waren davon bis Januar bereits 30 000 verbraucht.

Durch den von Pistorius angekündigten Nachschub entspannt sich die Lage etwas. Allerdings ist ungewiss, ob der Vorrat bis zu den geplanten Lieferungen aus der neuen Rheinmetall-Produktion reichen wird. Der Flakpanzer Gepard leistet nach Angaben des Ministers „herausragende Dienste“ beim Abschuss von Drohnen, mit denen die russische Armee Städte und die Infrastruktur in der Ukraine angreift.

Bei den Ministertreffen in Brüssel ging es auch um die Unterstützung der Ukraine mit anderen Waffen – und da sieht es weniger gut aus für Kiew. So kommt die angekündigte Lieferung schwerer Kampfpanzer des Typs Leopard 2A6 durch europäische Staaten offenbar kaum voran. Es sehe „nicht ganz so berauschend aus – um es vorsichtig zu formulieren“, sagte Pistorius. Bisher haben nur Deutschland und Portugal fest zugesagt, der Ukraine 14 respektive drei dieser Panzer zu übergeben. Hinzu sollen 14 Leopard-2-Panzer des älteren Typs A4 aus Polen kommen. Norwegen will acht Leos beisteuern. Ursprüngliches Ziel war es, der Ukraine etwa 60 Leopard-2-Panzer zu liefern.

Ebenso wenig zeichnet sich derzeit ab, dass Nato-Staaten bereit sind, der Ukraine in naher Zukunft Kampffjets zu liefern. Das hatte der ukrainische Präsident Wolodomyr Selenskyj vorige Woche bei einem Besuch in Brüssel gefordert. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock sagte

am Dienstag in Helsinki, das sei „keine Debatte, die wir führen“. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg widersprach ihr zwar. „Jetzt wird auch über Flugzeuge diskutiert“, sagte er. Doch von der Diskussion bis zur Belieferung bestimmter Waffensysteme ist es zuweilen ein weiter Weg. In Berlin wird hier vor dem Überschreiten roter Linien gewart.

Pistorius sieht im Moment andere Prioritäten als Kampffjets. Die Ukraine jetzt mit ausreichend Munition zu versorgen, sei wichtiger, als über Flugzeuge zu reden, bei denen die Ausbildung der Piloten Monate dauere, sagte Pistorius – zumal die russische Armee in der Ukraine ihre Angriffe derzeit wieder verstärkte.

Nach Angaben von Militärfachleuten mangelt es der Ukraine derzeit vor allem an Artilleriemunition, etwa vom Standardkaliber 155 Millimeter. Die Rüstungsfabriken in Europa sind demnach nicht in der Lage, so schnell so viele Geschosse herzustellen, dass es möglich ist, sowohl die Ukraine zu versorgen als auch die weitgehend geleerten Munitionslager der Nato-Länder wieder zu füllen. Im Gegensatz dazu arbeiten die russischen Munitionswerke im Dauerbetrieb. In der Praxis bedeutet das, dass die russischen Truppen in der Ukraine pro Tag etwa 20 000 Artilleriegranaten verschießen können, die ukrainische Armee aber nur 5000 bis 6000. „Wir haben ein Problem“, räumte Stoltenberg am Montag ein.

Pistorius sagte, er könne „die Rüstungsindustrie nur sehr herzlich bitten, schnellstmöglich alle Kapazitäten maximal hochzufahren“. Ein Jahr nach Kriegsbeginn ist das eine eher hilflos klingende Mahnung. Zumal bei der Nato schon seit Monaten darüber geredet wird, dass im Westen zu wenig Munition hergestellt wird.

Es gibt noch deutsche „Afrikamissionare“, die ihre Religion verbreiten wollen und sich dabei, mutmaßlich ironisch, „Weiße Väter e.V.“ nennen. Erst im Jahr 2021 haben sie dafür sogar Geld vom Staat erhalten. Immerhin 500 Euro. Eine Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen wies einen mutmaßlichen Straftäter an, Geld an diese Missionare zu überweisen. Dann werde man sein Strafverfahren einstellen. Diese Vorgehensweise – Geldaufgabe gegen Einstellung – ist erlaubt und sehr gängig. Und die Justiz darf auch recht frei vorschlagen, an welche wohltätige Organisation das Geld gehen soll.

So ist es auch im Fall der Abtreibungsgegner des Augsburger Vereins „Aktion Lebensrecht für alle“ gewesen. 325 Euro ließ eine Staatsanwaltschaft an sie überweisen. Man kann das jetzt nachlesen: Die Rechercheplattform Correctiv.org hat detaillierte Daten aus allen Bundesländern gesammelt. Die Daten zeigen, wie be-

sonnen – es gilt das Mehraugenprinzip. Hamburg hat allerdings auch eine unschöne Vorgeschichte: In den 1970er-Jahren hatten hier zwei Staatsanwälte regelmäßige Geldauflagen an den „Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ zahlen lassen, der sie dann im Gegenzug mit hübschen Vortragshonoraren bedachte.

Besonders intransparent gibt sich dagegen Baden-Württemberg. Ausgerechnet, denn dort ist erst im vergangenen Monat ein Richter aus Baden-Baden verurteilt worden, der Geldauflagen an den Fußballverein eines befreundeten Ex-Politisten gelenkt hatte, der sich dafür mit Essenseinladungen revanchierte. Das Landgericht Karlsruhe hat den Richter unter anderem wegen Bestechlichkeit zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt – sowie zur Zahlung eines vierstelligen Betrags an „Transparency International“.

Dieser Verein engagiert sich für die Verhütung von Korruption. Ronen Steinke

Milde Gabe für den Golfklub
Richter verteilen sehr viel Geld – nach unklaren Kriterien

Ägypten lenkte, den sie selbst mitgegründet hatte. 90 000 Euro kamen da zusammen. Und auch die Datenbank von Correctiv.org zeigt jetzt, dass unter den Spendenempfängern überraschend viele Amateurfußballvereine sind und auch viele Schützenvereine, vereinzelt sogar Golfklubs. Steckt hier und da womöglich eine persönliche Verbindung eines Juristen dahinter?

Vorbildlich transparent ist nur Niedersachsen. Das Land veröffentlicht jährlich alle Einrichtungen, die von Geldauflagen profitieren haben, sogar mit Beträgen und den zuzuwiesenden Gerichten und Staatsanwaltschaften. Positiv fällt auch Hamburg auf, wo Richter und Staatsanwälte niemals allein entscheiden, sondern stets kollegiale Gremien zentral entscheiden las-

sen – es gilt das Mehraugenprinzip. Hamburg hat allerdings auch eine unschöne Vorgeschichte: In den 1970er-Jahren hatten hier zwei Staatsanwälte regelmäßige Geldauflagen an den „Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ zahlen lassen, der sie dann im Gegenzug mit hübschen Vortragshonoraren bedachte.

Besonders intransparent gibt sich dagegen Baden-Württemberg. Ausgerechnet, denn dort ist erst im vergangenen Monat ein Richter aus Baden-Baden verurteilt worden, der Geldauflagen an den Fußballverein eines befreundeten Ex-Politisten gelenkt hatte, der sich dafür mit Essenseinladungen revanchierte. Das Landgericht Karlsruhe hat den Richter unter anderem wegen Bestechlichkeit zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt – sowie zur Zahlung eines vierstelligen Betrags an „Transparency International“.

Dieser Verein engagiert sich für die Verhütung von Korruption. Ronen Steinke

Kritik an Hilfe für Midijobber

Laut DIW-Studie profitieren von der staatlichen Unterstützung „viele Menschen mit hohem Einkommen“

Berlin – Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kritisiert die neue staatliche Unterstützung für Beschäftigte mit geringem Einkommen. Die von der Ampelkoalition zu Jahresbeginn eingeführte Vergünstigung für sogenannte Midijobs sei teuer und wenig zielgenau, heißt es in einer Studie, die das Institut an diesem Mittwoch veröffentlicht und die der Süddeutschen Zeitung vorab vorliegt. „Dies ist eine Unterstützung mit der Gießkanne, weil auch viele Menschen mit hohem Einkommen profitieren“, sagte Peter Haan, einer der Autoren der Untersuchung. Haan spricht von einer „versteckten Subventionierung“ der Midijobber durch die anderen Beitragszahler der Rentenversicherung, weil diese für die Unterstützung aufkommen müssten. Midijobs sind Stellen mit einem Monateinkommen zwischen 520 und 2000 Euro. Midijobber müssen im Vergleich zu regulär Beschäftigten niedrigere Sozialbeiträge abführen, haben später aber trotzdem einen Rentenanspruch, als hätten sie voll eingezahlt. Die Ampelkoalition hatte die Regelung zum 1. Januar deutlich ausgeweitet, derzeit profitieren davon etwa 6,2 Millionen Beschäftigte. Laut DIW kostet die Unterstützung die Rentenversicherung jedes Jahr fast eine Milliarde Euro. RPR > Wirtschaft

Ford streicht 2300 Stellen in Köln und Aachen

München – Bei Ford sollen auf dem Weg zur Elektromobilität in den kommenden Jahren fast 4000 Mitarbeiter in Europa ihre Jobs verlieren. Allein 2300 Arbeitsplätze fielen in der Europazentrale in Köln und im Forschungszentrum in Aachen weg, teilte Ford am Dienstag mit. Der Konzern richte sich auf ein „kleineres, fokussierteres und zunehmend elektrisches Produktportfolio aus“, sagte Deutschland-Chef Martin Sander. REUTERS > Seite 4, Wirtschaft

In Berlin beginnen Sondierungsgespräche

München – Die Berliner CDU und die Grünen treffen sich am Freitag zum ersten Sondierungsgespräch. Wann CDU und SPD miteinander reden, blieb zunächst offen. Die CDU ist aus der Wiederholungswahl als stärkste Kraft hervorgegangen, das bisherige rot-grün-rote Regierungsbündnis hätte auch eine Mehrheit. Kanzler Scholz (SPD) sagte der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) die Unterstützung der Partei zu. DPA > Seiten 4, 5

FC Bayern gewinnt in Paris

Paris – Bayern Münchens Finalheld Kingsley Coman ist in der Champions League wieder zum Schrecken von Paris Saint-Germain geworden und hat gegen seinen Ex-Club das Siegel erzielt. Der französische Nationalspieler war beim verdienten 1:0 (0:0) des deutschen Rekordmeisters am Dienstag bei den Franzosen mit einem Volleyschuss der Matchwinner. Die Bayern gehen nun als Favorit in das Rückspiel am 8. März in München. SZ > Sport

Dax ▼	Gaspreis ▲	Gas-Speicher ▼
Xetra Schluss 15381 Punkte -0,11%	Börse TTF Schluss 52,39 Euro/MWh +1,31%	Ø Füllstand 72,9 Prozent -0,22

DAS WETTER

14° / -7°

Das trockene Hochdruckwetter setzt sich fort. Nach Auflösung des Nebels wird es in vielen Regionen sonnig und nur wenige harmlose Wolken ziehen vorüber. Im Nordosten hat es die Sonne dagegen schwer. Fünf bis 14 Grad. > Seite 24 und Bayern

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/zeitungsapp

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sz.de; sz.de; Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo

4 190655 803609
Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Die Entscheidung über die Lieferung von Leopard-Panzern war soeben als „historisch“ begrüßt worden, schon wurde die Nachricht von lautstarken Forderungen nach Kampfflugzeugen, Langstreckenraketen, Kriegsschiffen und U-Booten überboten – und relativiert. Die ebenso dramatischen wie verständlichen Hilferufe einer völkerrechtswidrig überfallenen Ukraine fanden im Westen ihr erwartbares Echo. Neu war hier nur die Beschleunigung des bekannten Spiels der moralisch entrüsteten Rufe nach schlagkräftigeren Waffen und dem daraufhin, wenn auch nach Zögern, immer wieder vollzogenen *upgrading* der zugesagten Waffentypen.

Auch aus Kreisen der SPD hörte man nun, dass es keine „roten Linien“ gebe. Bis auf den Bundeskanzler und dessen Umgebung nehmen sich Regierung, Parteien und Presse beinahe geschlossen die beschwörenden Worte des litauischen Außenministers zu Herzen: „Wir müssen die Angst davor überwinden, Russland besiegen zu wollen.“ Aus der unbestimmten Perspektive eines „Siegess“, der alles Mögliche heißen kann, soll sich jede weitere Diskussion über das Ziel unseres militärischen Beistandes – und über den Weg dahin – erledigen. So scheint der Prozess der Aufrüstung eine eigene Dynamik anzunehmen, zwar angestoßen durch das nur zu verständliche Drängen der ukrainischen Regierung, aber bei uns angetrieben durch den bellizistischen Tenor einer geballten veröffentlichten Meinung, in der das Zögern und die Reflexion der Hälfte der deutschen Bevölkerung nicht zu Worte kommen. Oder doch nicht ganz?

Inzwischen tauchen nachdenkliche Stimmen auf, die nicht nur die Haltung des Kanzlers verteidigen, sondern auch auf ein öffentliches Nachdenken über den schwierigen Weg zu Verhandlungen drängen. Wenn ich mich diesen Stimmen anschließe, dann gerade weil der Satz richtig ist: Die Ukraine darf den Krieg nicht verlieren! Mir geht es um den vorbeugenden Charakter von rechtzeitigen Verhandlungen, die verhindern, dass ein langer Krieg noch mehr Menschenleben und Zerstörungen fordert und uns am Ende vor eine ausweglose Wahl stellt: entweder aktiv in den Krieg einzugreifen oder, um nicht den ersten Weltkrieg unter nuklear bewaffneten Mächten auszulösen, die Ukraine ihrem Schicksal zu überlassen.

Fatal ist, dass der Unterschied zwischen „nicht verlieren“ und „siegen“ nicht begrifflich geklärt ist

Der Krieg zieht sich hin, die Zahl der Opfer und der Umfang der Zerstörungen schwellen an. Soll nun die Eigendynamik unserer aus guten Gründen geleisteten militärischen Hilfe ihren defensiven Charakter abstreifen, weil nur ein Sieg über Putin das Ziel sein kann? Das offizielle Washington und die Regierungen der anderen Nato-Mitgliedstaaten waren sich von Anbeginn einig, vor dem *point of no return* – dem Kriegseintritt – haltzumachen.

Das offensichtlich strategisch und nicht nur technisch begründete Zögern, auf das Bundeskanzler Scholz beim amerikanischen Präsidenten schon an der Schwelle der Lieferung von Kampfpanzern gestoßen ist, hat diese Prämisse des westlichen Beistandes für die Ukraine noch einmal bestätigt. Bisher richtete sich die Sorge des Westens auf das Problem, dass es allein in der Hand der russischen Führung liegt zu definieren, ab wann diese das Ausmaß und die Qualität westlicher Waffenlieferungen als Kriegseintritt betrachtet.

Aber seitdem sich auch China zur Ächtung des Einsatzes von ABC-Waffen bekannt hat, ist diese Sorge in den Hintergrund gerückt. Deshalb sollten sich die westlichen Regierungen lieber mit der Verschiebung dieses Problems beschäftigen. Aus der Perspektive eines Sieges um jeden Preis hat die Qualitätssteigerung unserer Waffenlieferungen eine Eigendynamik entwickelt, die uns mehr oder weniger unmerklich über die Schwelle zu einem dritten Weltkrieg hinaustreiben könnte. Man sollte deshalb jetzt „nicht jede Debatte darüber, wann Parteilichkeit tatsächlich in Parteilichkeit umschlagen könnte, mit dem Argument tottreten, dass man allein schon durch so eine Debatte das Geschick Russlands besorge.“ (Kurt Kister im Feuilleton der SZ vom 11./12. Februar 2023.)

Das Schlafwandeln am Rande des Abgrundes wird vor allem deshalb zu einer realen Gefahr, weil die westliche Allianz der Ukraine nicht nur den Rücken stärkt, sondern unermüdlich versichert, dass sie die ukrainische Regierung „so lange wie nötig“ unterstützt und dass die ukrainische Regierung allein über Zeitpunkt und Ziel möglicher Verhandlungen entscheiden kann. Diese Beteuerung soll den Gegner entmutigen, aber sie ist inkonsistent und verschleierte Differenzen, die auf der Hand liegen. Vor allem kann sie uns selbst über die Notwendigkeit täuschen, eigene Initiativen für Verhandlungen zu ergreifen.

Einerseits ist es trivial, dass nur eine am Krieg beteiligte Partei über ihr Kriegsziel und gegebenenfalls über den Zeitpunkt von Verhandlungen bestimmen kann. Andererseits hängt es auch von der Unterstützung des Westens ab, wie lange die Ukraine überhaupt durchhalten kann.

Der Westen hat eigene legitime Interessen und eigene Verpflichtungen. So operieren die westlichen Regierungen in einem weiteren geopolitischen Umkreis und müssen andere Interessen berücksichtigen als die Ukraine in diesem Krieg; sie haben rechtliche Verpflichtungen gegenüber den Sicherheitsbedürfnissen der eigenen Bürger und tragen auch, ganz unabhängig von den Einstellungen der ukrainischen Bevölkerung, eine moralische Mitverantwortung für Opfer und Zerstörungen, die mit Waffen aus dem Westen verursacht werden; daher

können sie auch die Verantwortung für die brutalen Folgen einer nur dank ihrer militärischen Unterstützung möglichen Verlängerung des Kampfgeschehens nicht auf die ukrainische Regierung abwälzen.

Dass der Westen wichtige Entscheidungen selber treffen und verantworten muss, dabei ist es zu einfach, die Positionen in der meisten fürchten muss – nämlich die erwähnte Situation, in der ihn eine Überlegenheit der russischen Streitkräfte vor die Alternative stellen würde, entweder einzuknicken oder zur Kriegspartei zu werden.

Auch aus näherliegenden Gründen wie der Erschöpfung von personellen Reserven und kriegsnotwendigen materiellen Ressourcen drängt die Zeit zu Verhandlungen. Der Zeitfaktor spielt ebenso für die Überzeugungen und Dispositionen in der Breite der westlichen Bevölkerungen eine Rolle. Dabei ist es zu einfach, die Positionen in der strittigen Frage des Zeitpunkts von Verhandlungen auf den schlichten Gegensatz von Moral und Selbstinteresse zurückzuführen. Es sind vor allem moralische Gründe, die auf ein Ende des Krieges drängen.

So hat die Dauer des Kriegsgeschehens Einfluss auf die Perspektiven, aus der die Bevölkerungen dieses Geschehens wahrnehmen. Je länger ein Krieg dauert, umso stärker drängt sich die Wahrnehmung der insbesondere in modernen Kriegen explodierenden Gewalt auf und bestimmt die Sicht auf das Verhältnis von Krieg und Frieden überhaupt. Mich interessieren diese Sichtweisen im Hinblick auf die in der Bundesrepublik allmählich einsetzende Diskussion über Sinn und Möglichkeit von Friedensverhandlungen. Zwei Perspekti-

ven, aus denen wir Kriege wahrnehmen und bewerten, haben bei uns schon zu Beginn des Ukrainekrieges in dem Streit über zwei vage, aber konkurrierende sprachliche Formulierungen des Kriegszieles ihren Ausdruck gefunden: Ist es das Ziel unserer Waffenlieferungen, dass die Ukraine den Krieg „nicht verlieren“ darf, oder zielen diese nicht vielmehr auf einen „Sieg“ über Russland?

Dieser begrifflich ungeklärte Unterschied hat zunächst mit einer Parteinahme für oder gegen Pazifismus wenig zu tun.

Zwar hat die am Ende des 19. Jahrhunderts aufkommende pazifistische Bewegung die Gewaltdimension von Kriegen politisiert, aber das eigentliche Thema ist dabei nicht die schrittweise Überwindung von Kriegen als Mittel der Beilegung internationaler Konflikte, sondern die Weigerung, überhaupt Waffen in die Hand zu nehmen. Insofern spielt der Pazifismus keine Rolle für jene beiden Perspektiven, die sich nach der Gewichtung der Kriegsoffer voneinander differenzieren.

Das ist wichtig, weil die rhetorische Nuancierung zwischen den Ausdrücken, den Krieg „nicht zu verlieren“ oder „zu gewinnen“, nicht schon Pazifisten von Nicht-Pazifisten trennt. Heute charakterisiert sie nämlich auch Gegensätze innerhalb eines politischen Lagers, das die westliche Allianz nicht nur für berechtigt, sondern für politisch verpflichtet hält, der Ukraine in ihrem mutigen Kampf gegen den völkerrechtswidrigen, ja kriminell geführten Angriff auf Existenz und Unabhängigkeit eines souveränen Staates mit Waffenlieferungen, logistischer Unterstützung und zivilen Leistungen beizustehen.

Diese Parteinahme ist mit Sympathie für das Leidensschicksal einer Bevölkerung verbunden, die nach vielen Jahrhunderten polnischer und russischer, auch österreichischer Fremdherrschaft erst mit dem Untergang der Sowjetunion ihre staatliche Unabhängigkeit errungen hat. Die Ukraine ist unter den verspäteten europäischen Nationen die allerspätste. Sie ist wohl immer noch eine Nation im Werden.

Seit Monaten ist der Frontverlauf eingefroren. Es erinnert an die Westfront im Jahre 1916

Aber auch in dem breiten Lager der parteinehmenden Unterstützer der Ukraine scheiden sich die Geister gegenwärtig im Hinblick auf den richtigen Zeitpunkt für Friedensverhandlungen. Die eine Seite identifiziert sich mit der Forderung der ukrainischen Regierung nach einer schwellenlos anwachsenden militärischen Unterstützung, um Russland zu besiegen und damit die territoriale Integrität des Landes einschließlich der Krim wiederherzustellen. Der andere Teil möchte die Versuche forcieren, einen Waffenstillstand und Verhandlungen herbeizuführen, die mindestens mit der Wiederherstellung des *status quo ante* vom 23. Februar 2022 eine mögliche Niederlage abwenden. In diesem Für und Wider spiegeln sich historische Erfahrungen.

Es ist kein Zufall, dass dieser schwelende Konflikt jetzt auf Klärung drängt. Seit Monaten ist der Frontverlauf eingefroren. Unter dem Titel „Der Abnutzungskrieg begünstigt Russland“ berichtet beispielsweise die FAZ über den für beide Seiten verlustreichen Stellungskrieg um Bachmut im Norden des Donbass und zitiert die erschütternde Aussage eines leitenden Nato-Funktionärs: „Es sieht dort aus wie in Verdun.“ Vergleiche mit dieser grauenhaften, der längsten und verlustreichsten Schlacht des Ersten Weltkrieges haben mit dem Ukrainekrieg nur entfernt und nur insofern etwas zu tun, als ein anhaltender Stellungskrieg ohne größere Veränderungen des Frontverlaufs gegenüber dem „sinngebenden“ politischen Ziel des Krieges vor allem das Leiden seiner Opfer zu Bewusstsein bringt. Der erschütternde Frontbericht von Sonja Zekri, der seine Sympathien nicht verhehlt, aber auch nichts beschönigt, erinnert tatsächlich an Darstellungen des Grauens an der Westfront von 1916. Soldaten, „die sich an die Kehle gehen“, Berge von Toten und Verwundeten, die Trümmer von Wohnhäusern, Kliniken und Schulen, also die Auslöschung eines zivilisierten Lebens – darin spiegelt sich der destruktive Kern des Krieges, der die Aussage unserer Außenministerin, dass wir „mit unseren Waffen Leben retten“, doch in ein anderes Licht rückt.

In dem Maße, wie sich die Opfer und Zerstörungen des Krieges als solche aufdrängen, tritt die andere Seite des Krieges in den Vordergrund – er ist dann nicht nur Mittel der Verteidigung gegen einen skrupellosen Angreifer; im Verlaufe selbst wird das Kriegsgeschehen als die zermalmende Gewalt erfahren, die so schnell wie möglich aufhören sollte. Und je mehr sich die Gewichte vom einen zum anderen Aspekt verschieben, umso deutlicher drängt sich dieses Nichtsein des Krieges auf. In Kriegen hat sich mit dem Wunsch nach der Überwindung des Gegners immer auch der Wunsch nach dem Ende von Tod und Zerstörung verbunden. Und in dem Maße, wie mit der Stärke der Waffen auch die „Verheerungen“ zugenommen haben, haben sich auch die Gewichte dieser beiden Aspekte verschoben.

Infolge der barbarischen Erfahrungen der beiden Weltkriege und der Nervenanspannung des Kalten Krieges hatte sich während des vergangenen Jahrhunderts in den Köpfen der betroffenen Bevölkerungen allgemein eine latente Begriffsverschiebung vollzogen. Sie hatten aus ihren Erfahrungen oft unbewusst die Konsequenz gezogen, dass Kriege – dieser bis dahin selbstverständliche Modus der Austragung und Lösung internationaler Konflikte – mit den Maßstäben eines zivilisierten Zusammenlebens schlechthin unvereinbar sind.

Der Gewaltcharakter des Krieges hatte gewissermaßen die Aura seiner Naturwüchsigkeit verloren. Diese in der Breite vollzogene Bewusstseinsänderung hat auch in der Rechtsentwicklung Spuren hinterlassen. Schon das humanitäre Kriegsstrafrecht war der nicht sehr erfolgreiche Versuch gewesen, die Gewaltausübung im Krieg zu zähmen. Aber am Ende des Zweiten Weltkrieges sollte die Gewalt des Krieges selbst mit Mitteln des Rechts pazifiziert und durch Recht als dem einzigen Modus der zwischenstaatlichen Konfliktebeile-



Ein Plädoyer für Verhandlungen



COLLAGE: FELIX HUNGER; FOTOS: ANDREW REYNOLDS/AFP; MIKHAIL METZEL/REUTERS; IMAGO IMAGES

Der Westen liefert aus guten Gründen Waffen an die Ukraine: Daraus aber erwächst eine Mitverantwortung für den weiteren Verlauf des Krieges. Ein Gastbeitrag

Von Jürgen Habermas

gelöst werden. Die am 24. Oktober 1945 in Kraft getretene Charta der Vereinten Nationen und die Einrichtung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag haben das Völkerrecht revolutioniert. Artikel 2 verpflichtet alle Staaten dazu, ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen. Es war die Erschütterung über die Gewaltexzesse des Krieges, aus der diese Revolution geboren worden ist.

In den literarisch bewegenden Worten der Präambel spiegelt sich das Grauen im Hinblick der Opfer des Zweiten Weltkriegs. Kernsatz ist der Aufruf, „unsere Kräfte zu vereinen, um...Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird“ – also im völkerrechtlich ausbuchstabierte Interesse der Bürger aller Staaten und aller Gesellschaften dieser Welt. Diese Rücksicht auf die Opfer des Krieges erklärt einerseits die Abschaffung des *ius ad bellum*, also des ominösen „Rechts“ des souveränen Staates, nach Belieben Krieg zu führen; aber auch die Tatsache, dass die ethisch begründete Lehre vom gerechten Krieg keineswegs erneuert, sondern bis auf das Selbstverteidigungsrecht des Angegriffenen abgeschafft worden ist. Die vielfältigen in Kapitel VII aufgeführten Maßnahmen gegen Angriffshandlungen richten sich gegen den Krieg als solchen, und dies allein in der Sprache des Rechts. Denn dazu reicht der moralische Gehalt aus, der dem modernen Völkerrecht selbst innewohnt.

Der Fehler der Allianz war, den Aggressor Russland von Anfang an über das finale Ziel der Unterstützung im Unklaren zu lassen

Im Lichte dieser Entwicklung habe ich die Formel verstanden, dass die Ukraine „den Krieg nicht verlieren darf“. Denn aus dem Moment der Zurückhaltung lese ich die Warnung heraus, dass auch der Westen, der der Ukraine die Fortsetzung des Kampfes gegen einen kriminellen Aggressor ermöglicht, weder die Zahl der Opfer noch das Risiko, dem die möglichen Opfer ausgesetzt sind, noch das Ausmaß der tatsächlichen und potenziellen Zerstörungen vergessen darf, die für das legitime Ziel schweren Herzens in Kauf genommen werden. Von dieser Abwägung der Verhältnismäßigkeit ist auch der selbstloseste Unterstützer nicht entlastet.

Die zögernde Formulierung, „nicht verlieren“ zu dürfen, stellt eine Freund-Feind-Perspektive infrage, die die bellizistische Lösung internationaler Konflikte auch noch im 21. Jahrhundert für „natürlich“ und alternativlos hält. Ein Krieg, und der von Putin vom Zaune gebrochene Krieg erst recht, ist das Symptom eines Rückfalls hinter den historischen Stand eines zivilisierten Umgangs der Mächte miteinander – vor allem unter Mächten, die aus den beiden Weltkriegen ihre Lektion haben lernen können. Wenn der Ausbruch bewaffneter Konflikte nicht durch schmerzhaft, auch für die Verteidiger des gebrochenen internationalen Rechts selbst schmerzhaft Sanktionen verhindert werden kann, ist die gebotene Alternative – gegenüber einer Fortsetzung des Krieges mit immer mehr Opfern – die Suche nach erträglichen Kompromissen.

Der Einwand liegt auf der Hand: Es gibt einstweilen kein Anzeichen dafür, dass sich Putin auf Verhandlungen einlassen



COLLAGE: FELIX HUNGER, FOTOS: EPD-BILD; HEIKE LVDING; DPA



Was treibt diesen Mann?

Der Philosoph Jürgen Habermas ist 93 Jahre alt, und ein junger Geist: Wieso seine Gedanken bis heute, im Zeitalter der neoheroischen Empfindsamkeit, so wichtig sind

Von Kurt Kister

Eigentlich hätte Jürgen Habermas, im Juni 1929 geboren, genug Anlässe dafür, sich in seinem Haus in der Nähe des Starnberger Sees auszuruhen. Er ist der weltweit bekannteste lebende deutsche Philosoph. 1949 begann er sein Studium in Göttingen; er war der Junge unter den Alten der Frankfurter Schule; seine großen Werke „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1962), „Theorie des kommunikativen Handelns“ (1981) und sein spätes „Auch eine Geschichte der Philosophie“ (2019) waren und sind prägend für die Geisteswissenschaften dieses Landes – vielleicht sogar für den Geist. Seine Bücher und Aufsätze bilden eine Bibliothek des kritischen Denkens vor dem Hintergrund der Geschichte der Bundesrepublik von den Kriegstrümmern über Restauration und Aufbruch zwischen 1950 und 1980 bis hin zur postnationalen, aber neoheroischen Empfindsamkeit des 21. Jahrhunderts. Man kann gut leben, ohne Habermas gelesen zu haben, zumal da er es oft seiner potenziellen Leserschaft nicht leicht macht. Aber wenn man einiges von ihm gelesen hat, begreift man vieles, unter anderem auch, dass am Anfang des Seins das Wort steht – und wohl auch am Ende des Seins.

Habermas war immer ein Aktivist des Wortes und der Begriffe. Er hat Gesellschaft und Politik über die soziale Interaktion, aber auch über die sie konstituierenden Begriffe untersucht und erklärt. Stets hat ihn die Art und Weise interessiert, wie Menschen miteinander umgehen, auch wie sie Konflikte lösen oder dies nicht tun. Er hat sich ausführlich mit der Theorie (und durchaus auch mit der Praxis) von Diskurs und Debatte beschäftigt, sein Gedankengebäude zur „Diskursethik“ ist in diesen moralisch schweren Zeiten immer noch hochaktuell. Kommunikation im weiteren



Sinne steht seit Jahrzehnten im Mittelpunkt seiner Arbeit.

Sein nun in diesem Feuilleton veröffentlichtes „Plädoyer für Verhandlungen“ entspringt genau diesem Mittelpunkt.

Der neue Aufsatz schließt argumentativ an einen Essay an, den Habermas Ende April 2022 an dieser Stelle veröffentlicht hat. Er hat damals – so wie auch heute – für abwägendes Vorgehen plädiert. Er spricht sich nicht gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus, aber er weist darauf hin, dass solche Lieferungen den Westen und auch Deutschland in eine Mitverantwortung dafür nehmen, dass nicht nur der Krieg perpetuiert wird, bis möglicherweise ein Zustand erreicht wird, den die Ukraine als „Sieg“ empfindet. Allerdings warnt Habermas auch deutlich davor, dass es vielleicht zu einem solchen „Sieg“ gar nicht kommt, nicht kommen kann – weil Russland nicht im militärischen Sinne geschlagen werden wird. Das wiederum könnte den Westen in ein Dilemma bringen – entweder „einzuknicken“, wie es Habermas einmal ausdrückt, oder selbst zum Kriegsbeteiligten zu werden. Er sagt es so: Man könne am Ende vor der ausweglosen Wahl stehen, „entweder aktiv in den Krieg einzugreifen oder, um nicht den ersten Weltkrieg unter nuklear bewaffneten Mächten auszulösen, die Ukraine ihrem Schicksal zu überlassen“.

Diese Sorgen treiben den alten Philosophen um. Kennt man dann noch seinen, vor Jahrzehnten gesprochenen Satz „Ich spüre Probleme, mit denen ich mich gerade beschäftige, nahezu physisch...“, weiß man vielleicht, was diesen Mann bis heute treibt.

Auch dieser Aufsatz des bald 94-Jährigen ist eine Einmischung des Wortaktivisten Jürgen Habermas – so wie er am Historikerstreit oder an den Disputen über die Rolle Europas, den moralischen Bankrott der USA durch den Angriff auf den Irak

oder die Zukunft Deutschlands nach der Vereinigung prägend beteiligt war.

Jürgen Habermas ist einerseits ein Erzintellektueller, ein Theoretiker hohen Grades. Andererseits hat er an sich selbst den Anspruch, nicht nur in der Welt des Nachdenkens zu leben, sondern das öffentliche Gespräch, den Diskurs durch seine Beiträge zu befördern und zu beleben.

Etlche, die Habermas ungenauer lesen, als er es verdient hat, werden in dem vorliegenden Text möglicherweise so etwas wie „Verständnis“ für Putin sehen. Das steht wirklich nicht in dem Aufsatz, die klaren Sätze über den verbrecherischen Kurs des Regimes Putin belegen dies. Aber Habermas bemüht sich in einer Situation, in der viele das Absolute propagieren, nämlich den „Sieg über Russland“, auch das Nicht-Absolute wenigstens zu durchdenken. Er verknüpft dies mit einer moralisch bedingten Forderung: „Die Ukraine darf den Krieg nicht verlieren.“ In dem Wort „dürfen“ vereinen sich ein eindeutig moralischer Anspruch mit einer Aufforderung an „die“ Politik. Habermas argumentiert in diesem Sinne nicht weniger moralisch als etwa die Außenministerin; er tut dies nur auf einem deutlich anderen Niveau.

Seine Synthese: der „vorbeugende Charakter rechtzeitiger Verhandlungen“

Sein Denken in diesem Aufsatz ist nicht in erster Linie analytisch, wenn man „Analyse“ als eine Aufspaltung von Dingen, Zusammenhängen oder Begriffsfolgen versteht. Die Analyse nimmt auseinander und erklärt das Ganze nach den Einzelteilen und gewissen Ordnungskriterien, die vor dem Auseinandernehmen feststehen. Ein erfundenes Beispiel zur Veranschaulichung: Unterzieht man den Satz „Das Anstreben von Verhandlungen ist in der ge-

genwärtigen Situation sinnlos, weil Putin nicht verhandeln will“ einer Analyse, kommt dabei heraus: Das Ordnungskriterium ist die Annahme, Putin wolle nicht verhandeln. Ihm ordnet man die Einzelteile unter – gegenwärtige Situation (militärische Lage), politischer Wille (Anstreben) und politisches Ziel (Verhandlungen). Das Bestimmende sind nicht die Einzelteile, sondern das als faktische Ausgangslage behauptete Ordnungskriterium.

Habermas macht das anders. In einem langen Interview vom Oktober 1981 mit dem sehr Habermas'schen Titel „Dialektik der Rationalisierung“ sagte er: „Es gibt eher analytische Köpfe und eher synthetische Köpfe, und ich gehöre sicher eher auf die synthetische Seite.“ Synthese wiederum bedeutet die Betrachtung bestehender Positionen und Zusammenhänge, die sich sehr unterscheiden können. Wer mal mit Sozialwissenschaften oder auch marxistischer Philosophie in Berührung kam, wird sich an These, Antithese, Synthese erinnern. Dazu gehören Fragen, wie sie Habermas auch in diesem Artikel stellt: „Ist es das Ziel unserer Waffenlieferungen, dass die Ukraine den Krieg nicht verlieren darf, oder zielen diese nicht vielmehr auf einen ‚Sieg‘ über Russland?“ Die These beschreibt Habermas so: „Die eine Seite identifiziert sich mit der Forderung der ukrainischen Regierung nach einer schwellenlos anwachsenden militärischen Unterstützung, um Russland zu besiegen und damit die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen.“ Die Antithese, die auch Habermas' persönliche Position wiedergibt, lautet in seinen Worten: „Der andere Teil möchte die Versuche forcieren, einen Waffenstillstand und Verhandlungen herbeizuführen, die mindestens mit der Wiederherstellung des status quo ante am 23. Februar 2022 eine mögliche Niederlage abwenden.“ Seine Synthese findet sich vielleicht in diesem Satz: „Mir geht es um den

würde. Muss er nicht schon aus diesem Grunde militärisch zum Einlenken gezwungen werden? Zudem hat er Entscheidungen getroffen, die die Aufnahme von aussichtsreichen Verhandlungen fast unmöglich machen. Denn mit der Annexion der östlichen Provinzen der Ukraine hat er Fakten geschaffen und Ansprüche zementiert, die für die Ukraine nicht akzeptabel sind.

Andererseits war dies vielleicht eine, wie auch immer unkluge, Antwort auf den Fehler der westlichen Allianz, Russland von Anbeginn über das Ziel ihrer militärischen Unterstützung vorsätzlich im Unklaren zu lassen. Denn das ließ die für Putin unannehmbare Aussicht auf einen *regime change* offen. Demgegenüber hätte das erklärte Ziel der Wiederherstellung des *status quo ante* vom 23. Februar 2022 den späteren Weg zu Verhandlungen erleichtert. Aber beide Seiten wollten sich gegenseitig dadurch entmutigen, dass sie weitgesteckte und anscheinend unverrückbare Pflöcke einschlagen. Das sind keine vielversprechenden Voraussetzungen, aber auch keine aussichtslos.

Denn abgesehen von den Menschenleben, die der Krieg mit jedem weiteren Tag fordert, steigen die Kosten an materiellen Ressourcen, die nicht in beliebigem Umfang ersetzt werden können. Und für die Regierung Biden tickt die Uhr. Schon dieser Gedanke müsste uns nahelegen, auf energische Versuche zu drängen, Verhandlungen zu beginnen und nach einer Kompromisslösung zu suchen, die der russischen Seite keinen über die Zeit vor dem Kriegsbeginn hinausreichenden territorialen Gewinn beschert und doch ihr Gesicht zu wahren erlaubt.

Abgesehen davon, dass westliche Regierungschefs wie Scholz und Macron telefonische Kontakte mit Putin aufrechterhalten, kann auch die in dieser Frage anscheinend gesplante US-Regierung die formale Rolle eines Unbeteiligten nicht aufrechterhalten. Ein haltbares Verhandlungsergebnis kann nicht ohne die USA in den Kontext von weitreichenden Vereinbarungen eingebettet werden. Daran sind beide kriegführenden Parteien interessiert. Das gilt für Sicherheitsgarantien, die der Westen für die Ukraine gewährleisten muss. Aber auch für das Prinzip, dass die Umwälzung eines autoritären Regimes nur insoweit glaubwürdig und stabil ist, wie sie aus der jeweils eigenen Bevölkerung selbst hervorgeht, also von innen getragen wird.

Der Krieg hat überhaupt die Aufmerksamkeit auf einen akuten Regelungsbedarf in der ganzen mittel- und osteuropäischen Region gerichtet, der über die Streitobjekte der Kriegsparteien hinausreicht. Der Osteuropa-Experte Hans-Henning Schröder, ehemaliger Direktor des Deutschen Instituts für internationale Politik und Sicherheit in Berlin, hat (in der FAZ vom 24. Januar 2023) auf die Abrüstungsvereinbarungen und ökonomischen Rahmenbedingungen hingewiesen, ohne die keine Vereinbarung zwischen den unmittelbar Beteiligten stabilisiert werden kann. Schon die Bereitschaft der USA, sich auf solche Verhandlungen von geopolitischer Reichweite einzulassen, könnte sich Putin zugutehalten.

Gerade weil der Konflikt ein umfassenderes Interessengeflecht berührt, ist nicht von vornherein auszuschließen, dass auch für die einstweilen einander diametral entgegengesetzten Forderungen ein für beide Seiten gesichtswahrender Kompromiss gefunden werden könnte.

vorbeugenden Charakter von rechtzeitigem Verhandlungen.“ Den „status quo ante“ versteht er als Ausgangspunkt möglicher Verhandlungen, nicht etwa als Ziel.

Wenn die Ukraine nicht den Krieg verlieren darf, wie sieht dann dieser Nichtverlust aus?

Den realpolitischen Haupteinwand gegen seine Synthese formuliert Habermas selbst: „Es gibt einstweilen kein Anzeichen dafür, dass sich Putin auf Verhandlungen einlassen würde.“ Und: „Mit der Annexion der östlichen Provinzen der Ukraine hat er (Putin) Fakten geschaffen und Ansprüche zementiert, die für die Ukraine nicht akzeptabel sind.“ Auch die Ukraine will sich also derzeit nicht auf Verhandlungen einlassen. Diese Beschreibung entspricht der Lage.

Allerdings stimmt es auch, dass der Westen sich zwar relativ einig ist, was die Lieferung von Waffensystemen angeht, nicht aber darin, welches Ziel oder welche Ziele mit dieser unterstützenden Beteiligung am Krieg eigentlich verfolgt werden sollen: Geht es darum, dass die Ukraine sich gegen alle Angriffe wehren kann? Und was folgt daraus, wenn sie das kann, Russland aber dennoch kein Territorium aufgibt? Wenn also die Ukraine den Krieg nicht verlieren darf, wie sieht dann dieser Nichtverlust aus? Und wie definiert man den „Sieg“, den Kiew, aber auch manche Länder der Unterstützungsbündnis wünschen?

Habermas' Aufsatz ist nicht nur ein Plädoyer für Verhandlungen, die er sich wünscht. Er kann auch als Plädoyer dafür verstanden werden, dass der Westen gerade wegen seiner militärischen und materiellen Unterstützung der Ukraine ein Konzept dafür entwickelt, welche Ziele er jenseits der Schlachtfelder mit seiner sehr aktiven Nichtbeteiligung am Krieg verfolgt.